71. Jahrgang. № 430 — Dienstag, 13. September 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Septbr. 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1058 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Das vornehme Tagescafé
Im neuen Gewande!

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Fernsprecher: 16262 Gr. Zwingerstr. 13 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe – Kohlen- und Gas-Herde – Dauerbrand-Oefen – Ersatzteile.

THÜRMER-FLÜGEL PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa. Martinstr. 12 Bautzen i. Sa. Seminarstr. 6

Deutschland drängt erneut auf Weltabrüstung.

Nur eine Konferenz für Rüstungsbegrenzung ist für Deutschland bedeutungslos.

Die Randstaaten planen die Neutralisierung. — Die Besoldungsreform als preußisches Kampfmittel gegen die Reichsregierung.

Zwei Fragen an den Präsidenten des Genfer Abrüstungsausschusses.

Genf, 12. September. Unter starker Beteiligung hat der Abrüstungsausschuß (s. Versammlungsausschuß), in dem Deutschland durch Graf Bernstorff und verschiedene Experten vertreten ist, unter dem Vorsitz von Benesch die Arbeit mit einer von diesem gegebenen Darlegung des Arbeitsplanes aufgenommen. **Loudon** (Holland) als Präsident des vorbereitenden Abrüstungsausschusses erstattete einen längeren Bericht über diese Arbeiten. Er lehnt die Bezeichnung der bisherigen Ergebnisse als Mißerfolg entschieden ab. Die Enttäuschung in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit beruhe darauf, daß man ihr falsche Hoffnungen gemacht und gewissermaßen verschwiegen habe, daß die gestellte Aufgabe sich nicht auf die Abrüstung, sondern nur auf die Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand bezogen habe. Er erhob jedoch den **Vorwurf einer ungenügenden Vorbereitung der Arbeiten durch die Regierungen** und schloß mit einer Aufforderung an die Regierungen, die weiteren Arbeiten durch die Vorbereitung der primären moralischen Abrüstung zu fördern.

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsausschusses für Abrüstungsfragen richtete

Graf Bernstorff

an den Präsidenten der Kommission, den tschecho-slowakischen Außenminister Benesch, die Anfrage, wie die Erklärungen des Präsidenten bei der Eröffnung der Kommission über die Aufgabe der vorbereitenden Abrüstungskommission aufzufassen seien, nach denen die Abrüstungskommission nur mit der Beschränkung, nicht aber mit der Herabsetzung der Rüstungen sich beschäftigen solle.

Er sei der Auffassung, daß die Kommission sich mit einer Herabsetzung der Rüstungen zu befassen habe. Eine Konferenz für die Beschränkungen wäre keine Abrüstungskonferenz. Es wäre zwecklos, eine derartige Konferenz einzuberufen. Deutschland habe die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages bis zum letzten Punkt durchgeführt. Für Deutschland handele es sich jetzt darum, daß die übrigen Mächte die im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung entsprechend den Bestimmungen durchführen.

Graf Bernstorff richtete an den Präsidenten die Bitte, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es handele sich hierbei um eine grundsätzliche Frage, denn in dem Bericht der vorbereitenden Abrüstungskommission befinde sich ein deutscher, ein englischer und ein französischer Entwurf für die Präambel. In allen drei Texten werde von der Herabsetzung, nicht von Beschränkung der Rüstungen gesprochen.

Graf Bernstorff wies in seinen Ausführungen weiter darauf hin, daß der Vorsitzende Benesch in seiner Ausführung auf den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz hingewiesen habe, ohne jedoch hierbei den Termin für den Zusammentritt zu erwähnen. Es müsse jedoch daran erinnert werden, daß bei dem Abschluß der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission der Vorsitzende Loudon nachdrücklichst erklärt habe, daß **die Konferenz noch in diesem Jahre wieder zusammentreten werde.** Graf Bernstorff richtete sodann an den Präsidenten die zweite Anfrage, ob die Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre und zu welchem Zeitpunkte zusammentreten werde. Er müsse dringend auf baldigen Zusammentritt der Konferenz drängen.

Loudon sagte in einer kurzen Erwiderung, seine Auffassung, daß es sich zunächst nur um eine Konferenz zur Begrenzung der Rüstungen handeln könne, sei rein persönlich. Er sei aber mit Graf Bernstorff in bezug auf die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auf Grund des Art. 8 vollkommen einverstanden.

Tschechiens Sicherheit liegt im Heere!

Prag, 12. Sept. Der agrarische „Venkow", das Parteiorgan des Ministerpräsidenten und des Ministers für nationale Verteidigung, stellt zur Genfer Völkerbundstagung fest, daß die Sicherung des europäischen Friedens bezüglich der kleinen Nationen keine Fortschritte gemacht habe. Wenn man die Lage der Tschecho-Slowakei in Betracht zieht, so müsse man **angesichts der ungarischen Forderung nach Revision des Vertrages von Trianon und angesichts der Rothermere-Aktion für die verläßliche tschecho-slowakische Armee dankbar sein, die die beste Sicherung gegen die „Angriffslust" der Nachbarn bilde.** (W. T. B.)

Die Hilfe für die Beamten.

Die Eröffnungen des Reichsfinanzministers Dr. Köhler über den Inhalt der Vorlage über die Reform der Beamtenbesoldung sind allgemein mit großer Spannung erwartet worden, nachdem schon wochenlang vorher unbestimmte Andeutungen darüber durchgesickert waren und Kabinettsitzungen zur Beratung der Angelegenheit stattgefunden hatten, über die strengstes Stillschweigen bewahrt wurde. Man hat schon mehrfach eine solche Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber der Oeffentlichkeit bei wichtigen Gesetzentwürfen beobachten können, und es ist ja am Ende auch begreiflich, daß die verantwortlichen Stellen den Wunsch haben, die überreichliche Kritik, die sich an jeden gesetzgeberischen Schritt zu knüpfen pflegt, nicht noch ausgiebiger zu machen, als unbedingt nötig ist. Es hatte deswegen in dem vorliegenden Falle bereits ein starkes Rauschen im Blätterwald der Linken angehoben, aber die Reichsregierung ließ sich nicht dadurch irre machen, sondern wartete in aller Ruhe den ihr als geeignet erscheinenden Zeitpunkt der Veröffentlichung ab. Sie kann nun auch sicher sein, daß die Vorlage überall vorbehaltlose grundsätzliche Zustimmung finden wird. Freilich, es darf nicht verkannt werden, daß in der Nachkriegszeit oft genug auch die nur allzu dringenden Belange anderer Stände zurücktreten mußten gegenüber den Anforderungen, die von der Rücksicht auf das allgemeine Wohl wegen der kritischen Finanzlage gestellt wurden. Man wird aber gerechterweise zugeben müssen, daß den Beamten in den letzten Jahren harte wirtschaftliche Belastungsproben auferlegt worden sind. Wurden doch nach Ueberwindung der Inflation für die Beamten Gehälter festgesetzt, die noch nicht einmal die Hälfte der in der Vorkriegszeit gewährten Bezüge erreichten; und die waren schon damals für die unteren und mittleren Beamten doch auch nicht gerade üppig bemessen. Bei dieser Sachlage erwies sich die allgemeine soziale Ausgleichung der Beamtenbezüge als ein unabwendbares Bedürfnis, das aber bedauerlicherweise bisher immer wieder an den finanziellen Schwierigkeiten scheiterte. Jetzt endlich mußte jedoch gehandelt werden, da die Not aufs höchste gestiegen war. Untere, mittlere und höhere Beamte leiden in gleicher Weise unter der Unmöglichkeit, die seit langem unverändert gebliebenen Gehaltseinnahmen mit den ständig wachsenden Ausgaben für die unentbehrlichen Lebensnotwendigkeiten in Einklang zu bringen. Die gegenwärtigen Verhältnisse haben dazu geführt, daß die unteren und mittleren Beamten vielfach geradezu ein Hungerdasein führen müssen, und daß die höheren Beamten wahrlich auch nicht auf Rosen gebettet sind, erhellt aus einer Statistik, die der Reichsbund der höheren Beamten im April dieses Jahres in dreißig Ortschaften durchgeführt hat und die 10 792 höhere Beamte umfaßte. Das Ergebnis zeigte auf, daß ein Fünftel der in Betracht kommenden Haushaltungen ohne einen Hausangestellten waren, also auch schon äußerlich von der früheren sozialen Stufe einen Schritt nach abwärts getan hatten. Diese bedeutsame kulturelle Oberschicht muß sich natürlich ebenfalls den durch die allgemeine deutsche Verarmung geschaffenen Verhältnissen anpassen, aber sie kann auch mit Recht verlangen, daß sie in eine finanzielle Lage versetzt wird, die ihr die Behauptung ihrer hohen sozialen Stellung ermöglicht, so daß sie auch ihre Söhne bei bescheidenen Ansprüchen studieren lassen kann, was ja unbedingt nötig ist für die Erzielung eines geeigneten Nachwuchses. Diese Gesichtspunkte sind so einleuchtend und tragen so zwingenden Charakter, daß sogar der „Vorwärts" jüngst unumwunden erklärte, „auch die Sozialdemokratie lege Wert darauf, daß die höheren Beamten nach Recht und Gerechtigkeit behandelt würden." Man darf also gespannt darauf sein, wie sich die Sozialdemokratie jetzt gegenüber der für die höheren Beamten in Aussicht genommenen Aufbesserung des Grundgehaltes stellen wird.

In formaler Hinsicht ist das Gruppensystem mit starken Zusammenfassungen innerhalb der einzelnen Gruppen beibehalten. Hierüber werden wohl noch fachmännische Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Systeme — Leistungs- oder Sozialsystem, Gruppen-, Schlüsselungs- oder Laufbahnsystem — stattfinden. Im übrigen ist in der Vorlage alles enthalten, was Reichsfinanzminister Dr. Köhler wiederholt öffentlich betont hat, nämlich daß der Entwurf einen ausgesprochen sozialen Einschlag tragen und den Beamten der unteren Besoldungsgruppen die stärkste prozentuale Erhöhung bringen werde; auch sollten die Beamten der mittleren Gruppen höhere prozentuale Zuschläge zum Grund-

Ein baltisches Locarno der Randstaaten.

Baltische Sonderkonferenzen in Genf.

Genf, 12. Sept. In den letzten Tagen haben mehrfach Zusammenkünfte zwischen den gegenwärtig in Genf anwesenden Außenministern der baltischen Randstaaten stattgefunden, an denen der lettländische Außenminister Zeelens, der estländische Außenminister Akel, der litauische Ministerpräsident Woldemaras und der erste Delegierte Finnlands beim Völkerbund, Professor Erich, teilgenommen haben.

Wie die T.-U. von zuverlässiger Seite erfährt, ist in diesen Gesprächen eingehend das Projekt einer

Neutralisierung der vier baltischen Randstaaten

erörtert worden. Dieser Plan wird gegenwärtig besonders von dem lettländischen Außenminister Zeelens und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vertreten. Der gegenwärtig zwischen den baltischen Außenministern erörterte Gedanke einer Neutralisierung der baltischen Randstaaten soll in der Weise verwirklicht werden, daß diese Garantie der Neutralität einerseits durch die großen europäischen Westmächte (England, Frankreich, Deutschland), anderseits durch Rußland geleistet wird. In der Aussprache hat der litauische Ministerpräsident Woldemaras darauf hingewiesen, daß der im vorigen Jahre zwischen Litauen und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag bereits die Garantie der Unverletzlichkeit Litauens enthält. In den Verhandlungen hat der estländische Außenminister betont, daß ein allgemeiner Nichtangriffspakt zwischen den vier baltischen Randstaaten einerseits und Sowjetrußland anderseits empfehlenswerter wäre. Der finnländische Delegierte hat dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß Finnland als skandinavische Macht sich einem Projekt der Neutralität der baltischen Randstaaten mit Einschluß Finnlands nicht anschließen könne.

Die Verhandlungen über die Fragen, die sich gegenwärtig noch in einem vorbereitenden Stadium befinden, sollen in der nächsten Zeit in einer der baltischen Hauptstädte fortgesetzt werden. In den letzten Tagen haben mehrfach Fühlungnahmen zwischen den baltischen Außenministern und **Chamberlain wie Briand** stattgefunden.

Wie die T. U. hierzu weiter erfährt, dürfte diese Konferenz am 10. November in Riga stattfinden, und zwar wird Polen auch hier durch einen Beobachter vertreten sein, während über die Teilnahme Rußlands nichts verlautet. In Deutschland weiß man, daß der lettländische Außenminister Zeelen derartige Pläne seit einiger Zeit mit großer Energie betreibt, weil er der Meinung ist, daß den baltischen Randstaaten gemeinsam die Aufgabe zufällt, die Initiative zu einer Sicherung ihrer staatlichen Grenzen durch die Großmächte einschließlich Sowjetrußland zu ergreifen. **Diese Pläne des lettländischen Außenministers gehen an sich von anderen Erwägungen aus, als die Pläne, die die polnische Delegation in Genf verwirklichen wollte und die zu einer Hegemonie in Baltikum und zu einer Sicherung der polnischen Westgrenze führen sollten; immerhin wird man deutscherseits darauf zu achten haben, daß diese Pläne nicht von anderer Seite dazu benutzt werden, die diesmal in Genf abgelehnten polnischen Pläne auf Umwegen doch noch zu verwirklichen.**

Erklärungen des lettischen Außenministers.

(Durch Funkspruch.)

Genf, 12. Sept. Der lettische Außenminister Zeelen gab einer Anzahl Pressevertretern Erklärungen ab, in denen er das Verhältnis zwischen seinem Lande und der Sowjetunion erörterte, den gegenwärtigen Stand der lettisch-russischen Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag und über einen Schiedsvertrag besprach und auf den unterzeichneten Handelsvertrag einging. Er gab zugleich die Absicht eines „baltischen Locarno" in Erweiterung der mit Estland geschlossenen Entente cordiale und Zollunion und den Entschluß Lettlands bekannt, die **Kandidatur Finnlands für einen nichtständigen Ratssitz zu unterstützen. Schließlich bekannte er sich zu einer Ausdehnung dieser Politik Lettlands auf Polen.** (W. T. B.)

Genf, 12. Sept. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute ein Schreiben des sowjetrussischen Volkskommissars für das Aeußere, Tschitscherin, erhalten, in dem dieser zunächst den Empfang der ihm übersandten Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz bestätigt.